

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expeditionen in Leipzig (Duerstraße Nr. 8) und Dresden (bei G. Götner, Neustadt, An der Brücke, Nr. 2).

Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Geseh!»

Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Sonntags täglich zwei mal und wird ausgegeben in Leipzig Vormittags 11 Uhr, Abends 6 Uhr; in Dresden Abends 5 Uhr, Vormittags 8 Uhr.

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Ngr.; jede einzelne Nummer 1 Ngr.

Deutschland.

Die Preussische Zeitung schließt in ihrem frankfurter Artikel (Nr. 49) den Staaten, welche sich zwar überhaupt für eine deutsche Flotte, aber gegen die dreitheilige Contingentsflotte erklärt haben, diejenigen Staaten an, welche sich für die letztere, jedoch unter Bedingungen erklärt haben. Hierher gehören zunächst die Nordseestaaten: Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Hamburg, Lübeck, Bremen und außerdem Frankfurt a. M. Die sämtlichen aufgeführten Staaten, mit Ausnahme von Frankfurt, sind vor Abgabe ihrer Erklärung zu einer gemeinsamen Berathung zusammengetreten, infolge deren sie sich über einen modificirten Entwurf des Ausschussantrags geeinigt haben. Die wesentlichste Abweichung dieses Entwurfs besteht darin, daß sämtliche deutsche Staaten, mit Ausnahme von Preußen und Oesterreich, zu den Kosten der Nordseeflotte nach Analogie der Bundesmatrikel contribuieren sollen, während das Beitragsverhältnis nach dem Ausschussantrage einer näheren Vereinbarung überlassen ist. Während hiernach die Küstenstaaten eine gleichmäßige Beteiligung an den Kosten der Nordseeflotte verlangen, haben gegentheilig mehrere Binnenstaaten einen Principalbeitrag von denselben in Anspruch genommen. Hierher gehört zunächst Baden. Dasselbe hat den Ausschussanträgen unter der Bedingung zugestimmt, daß 1) auch die übrigen Bundesstaaten beistimmen; 2) die Nordseestaaten sich verpflichten, einen angemessenen Betrag zum voraus zu übernehmen, und außerdem zu der verbleibenden Kostensumme ihre matrikularmäßige Quote leisten, sowie 3) daß dadurch keine Lasten entstehen, welche für Baden unbillig und unerschwinglich sind. Einen derartigen Principalbeitrag haben Kurhessen, sowie ebenfalls Sachsen-Koburg-Gotha verlangt. Einen eigenthümlichen Vorschlag hat das Königreich Sachsen gemacht, welchem sich das Großherzogthum Hessen angeschlossen hat. Es stimmt nämlich dem Project der dreitheiligen Contingentsflotte im Allgemeinen bei, kommt jedoch in der Entwicklung seiner Consequenzen zu einem andern Resultate als der Ausschussantrag. Es verlangt nämlich, daß die Nordseeflotte allein von den eigentlichen Nordseestaaten übernommen werden soll, weil letztere ihrer Natur nach nur im factischen Besitze von Küstenländern sich befinden. Für die Kosten, welche ihnen durch die Unterhaltung der Flotte erwachsen, soll denselben eine Entschädigung dadurch gewährt werden, daß eine angemessene Herabsetzung ihrer zu dem Bundeslandheere zu stellenden Contingente erfolgt. Diesen Ausfall in der normalen Stärke des Bundesheeres sollen dagegen die Binnenstaaten durch Erhöhung ihres Contingents decken. Ferner ist den Ausschussanträgen Nassau unter der Bedingung eines allseitigen Einverständnisses beigetreten; Schwarzburg-Sondershausen, wenn die deutschen Königreiche und mindestens die überwiegende Mehrheit der andern Bundesstaaten den Ausschussanträgen beistimmt; Neuchâtel, wenn die Mehrheit der Bundesstaaten beistimmt; Schaumburg-Lippe, wenn sein Beitrag nicht eine bestimmte angegebene Summe übersteigt und unter Vorbehalt des Rücktritts; endlich Lippe, wenn Oesterreich und Preußen sich für die dreitheilige Contingentsflotte erklären. Als letzte Gruppe bleiben nun noch Preußen, die beiden Mecklenburg, sowie die sächsischen Häuser übrig, deren Erklärungen die Preussische Zeitung in ihrem nächsten Artikel charakterisiren will.

Der Präsident Ludwig Napoleon soll dem Bundestage seine Wiedererwählung angezeigt und zugleich in dem betreffenden Schreiben die Motive zu seinen Maßnahmen dargelegt haben. In Betreff der Politik, die er zu befolgen gedenke, soll er Versicherungen gemacht haben, die ebenso die Bahrung freundschaftlicher Beziehungen nach außen als Ordnung im Innern in Aussicht stellen.

In Frankfurt a. M. spricht man davon, daß Rendsburg zur Bundesfestung erklärt werden solle.

* Berlin, 30. Jan. In der heutigen Sitzung der II. Kammer wird die Debatte über den Beseler'schen Antrag fortgesetzt. Abg. Ulrichs will nicht untersuchen, ob das parlamentarische Leben in Zukunft wieder als ein unnützes Glied des preussischen Staatskörpers absterben wird. Ein rechter Abgeordneter hat warm seine Sympathie für das Land und den Staat, und entschlossen seine Ansicht auszusprechen, gleichviel ob es Nutzen bringt oder nicht. Die Demüthigung des Vaterlandes könne Niemand leugnen, man brauche nur die Stimme des Auslandes zu hören. Der Abgeordnete ist jedoch der guten Hoffnung, daß sie allmählig werde vergessen werden; ein Mittel dazu sei für die preussische Regierung der Abschluß von Separatverträgen, wie der hannoversche Vertrag. Gegen das Motiv der Commission, daß die Kammer sich nur mit Wahrnehmung der concreten Interessen zu beschäftigen habe, wendet er ein, daß, wenn man erst Rechtsverletzungen abwarten wolle, ehe man sich dagegen ausspreche, man leicht Ähnliches erleben könne, wie die Herstellung der Provinzialstände, die Aus-

führung des Pressegesetzes in einer Richtung, die die Kammer nicht geahnt hatte. Der Ministerpräsident: Ich habe nicht gesagt, daß das parlamentarische Leben zum Untergange Preußens führen wird, sondern ich habe vom parlamentarischen Regimente gesprochen. Das parlamentarische Leben ist ein Borzug, den Preußen nach meiner Ansicht haben kann. Sollte ich aber auch eine parlamentarische Regierung für möglich halten, so müßte ich die Mittel haben, unsere getrennten Landestheile in eine concentrirte Lage zu bringen und mit dem Ocean zu umgeben.

Abg. Graf Arnim (gegen den Antrag) kann sich mit der Commission nicht darin einverstanden erklären, daß der Bundesvertrag immer in Wirksamkeit geblieben ist. Es gab einen Augenblick, wo die Herren, welche Preußen in jeder Weise schwächen, ja vernichten wollten, den Bundesvertrag durch einen andern zu ersetzen suchten. Was Preußen damals für Deutschland gethan hat, hat es aus freiem Willen, nicht als Bundesglied gethan. Es stehen sich hier zwei Ansichten gegenüber: die Ansicht der Regierung von der Continuität der Bundesverfassung, und die Ansicht des Beseler'schen Antrags, daß wir alle Bundesbeschlüsse in unsern Kammern zu sanctioniren haben. Dieser letztern kann ich nicht zustimmen. Wenn man die Wiederbeschickung des Bundestags eine Demüthigung des preussischen Nationalgefühls genannt hat, so vergleiche man den Eindruck, welchen die Hulldigung für den Reichsverweser am 6. Aug. 1848, mit dem Eindruck, welchen die Eröffnung des Bundestags im Sommer 1851 gemacht hat, und man wird zugestehen, daß das preussische Nationalgefühl damals viel beleidigter war. Man hat auch den Einfluß Russlands als eine Demüthigung für Deutschland bezeichnet: ich erinnere an Stein, der sich nicht geschemt hat, an den russischen Hof zu gehen, und von dort aus, wie von dem Centrum des Archimedes, den Kampf gegen den Tyrannen in Bewegung zu setzen. Als Argument gegen den Beseler'schen Antrag fragt der Abgeordnete, was denn daraus werden solle, wenn die Kammer sich gegen Alles, was denkbar ist, was möglicherweise stattfinden kann, verwahren wolle? Ueber das Verhältniß Preußens zu Oesterreich äußert sich der Abgeordnete dahin, daß er einen Krieg zwischen beiden Mächten für eine Calamität für Deutschland, die Eifersucht zwischen beiden für unvergänglich halte. Ob Deutschland ruhig zusehen kann, wenn ein fremder Nachbar gegen Oesterreich aufsteht, wäre sehr vortheilig jetzt entscheiden zu wollen. Hätte der Reichsverweser mit der deutschen Nationalversammlung beschlossen, die Lombardei solle in den Bund aufgenommen werden, wer hätte von Ihrer Seite (zur Linken) etwas dagegen gehabt? Und gegen diese Nationalversammlung sollte nach Ihrer Ansicht Preußen kein Veto haben. Nach der Bundesverfassung dagegen ist zur Aufnahme neuer Mitglieder Stimmeneinheitlichkeit nötig. So werden wir auch keinen Krieg in der Lombardei führen, wenn Preußen ihn nicht für nothwendig erklärt, und der Abgeordnete für Hagen hat sehr Recht, daß unsere Grenadiere, wenn der Fall einträte, mit Freuden in die Lombardei marschiren würden. Ich verlange nicht, daß Sie mir mehr Staatsweisheit zutrauen, als daß ich sehe, was auf der Hand liegt; verlangen Sie nur nicht, daß wir zu Ihrer Staatsweisheit Vertrauen haben, die uns zu so unerfreulichen Resultaten geführt hat. In Erfurt nahmen Sie ein bloc eine Verfassung an, die Preußen zur Desorganisation geführt haben würde, vorher hatten Sie hier ihre Zustimmung zu allen Beschlüssen des Erfurter Parlaments ausgesprochen. Hätte die Regierung die Frage an die Kammern gebracht, ob sie den Bundestag beschicken solle, so würde die Majorität beider Häuser sie bejaht haben. Sie tadeln die Regierung wegen der Solidarität der conservativen Interessen: wenn die Regierung aber gegen den Socialismus oder gegen die rohe Demokratie wirkt, so sind Sie mit der Solidarität ganz einverstanden. Ich habe in Ihrer Partei seit 1848 nichts erkannt als die Solidarität der parlamentarischen Interessen; jede Regierung in Deutschland war Ihnen gleichgültig, wenn sie nur die parlamentarischen Interessen in Schutz nahm. Nach Ihrer Vergangenheit können Sie uns nicht dafür stehen, daß Ihre Solidarität der parlamentarischen Interessen nicht ebenfalls zu Alliancen führt, die mit dem Heile des Vaterlandes nichts gemein haben. Solange wir das rechte Maß noch nicht finden können, haben wir der Regierung die parlamentarischen Interessen nicht allzu sehr zu empfehlen. Der Bundestag war nicht so schwach, wie man ihn gern geschildert. Er war noch im Jahre 1848 im Stande, den Seekreis zu beruhigen und die Hecker'schen Scharen zu vertreiben. Wie nach Gottes Rathschluß die Sünde unauslöschlich an den Menschen haftet, so wird auch durch alle Geschlechter die Obrigkeit geschmäht; jedes Volk schreibt seine Unglücksfälle seiner Regierungsform zu. Ob unsere Kinder ein anderes Deutschland erleben werden, das kann ich nicht wissen; für jetzt bin ich überzeugt, daß keine andere Form möglich ist. Es wird den österreichischen Staatsmännern nicht einfallen, uns unser gutes Recht zu kränken; wenn aber it-

ni auf
He weit
Dah
Urtheil
n, was
erfungen
en soll.

den zur
gestellte
einge
Heinrich
bei Dö-
Behrens
erkannt
atut be-
sen, so
würdig
erkannt
beheilt.
putation
e Bibel
leben zu
Dresden

ster von
iner und
widende,
und 24,
e berner
nmtzahl
Schwei-
reiburg,
uhe, Pa-
Schwei-
gie 300,

linik bei
pecießen
Breslau
r hieße-
Rünster,
Facultät

er Niko-
denblatt
ch-Eng-
ine Pro-

Nr. 2).
buchband-

lonne
ege.

I.

tiller und
leich aus-
em neue-
nicht be-
kann ihm
An die
elst, ent-
entworfe-
Gemälde
g, jener
wart nur
welches
Verfassers
aße recht-

aus.

gend ein Kampf und bevorsteht, so bitte ich Sie (Linke), in dieser Session endlich dahin es zu bringen, daß der Miß, der zwischen uns besteht, nicht größer werde, damit wir freudig unsern Gegnern gemeinsam entgegenzutreten können.

Abg. Simson hofft auch diesmal der Versuchung zu widerstehen, hier auszusprechen, was ihm in der in Rede stehenden Frage die innerste Seele bewege. Die staatsrechtliche Seite der Frage scheint ihm erschöpft; ist man doch überall entschlossen, sich nicht überzeugen zu lassen. Man wirft uns vor, die Geltung Preußens im Jahre 1848 sei auf Null reducirt gewesen. Für gewisse Augenblicke ist dies vollkommen wahr; der Eindruck, unter dem Ihre Landsleute in die Paulskirche eintraten, stand in keinem Verhältnisse zum preussischen Geiste, ja nicht einmal zu den preussischen 16 Millionen. Europa hatte gesehen, daß am 18. März die stolze preussische Monarchie mit dem Aufzuge umsonst gekämpft hatte. In diesem Augenblicke suchten wir in Frankfurt in einer von Hause aus durchaus anti-preussischen Versammlung den Gedanken zu wecken, die Herrschaft über Deutschland gebühre nicht dem traditionellen Hause Habsburg, sondern dem neuen Deutschland. Hierfür war man uns Dank schuldig; den Umschlag der öffentlichen Meinung, daß die Majorität eine preussische wurde, verdanken Sie Ihren preussischen Landsleuten in der Nationalversammlung! Wir behaupten noch heute, daß der Theil des Bundesrechts, der sich auf die völkerrechtliche Vereinigung Deutschland bezieht, nie erloschen ist, und worin dieser Theil besteht, ist gestern hinlänglich hier ausgeführt worden. Es ist nicht nötig, uns zu warnen, daß die Konsequenzen des Bundesrechts von uns bis zum Unfinn gezogen werden. Der Abgeordnete wendet sich gegen die Behauptungen des Grafen Arnim, bringt ihm in Erinnerung, daß er den zweiten Vereinigten Landtag einberufen, den Bundesstaat proclamirt habe etc., um den Antheil desselben an der Bildung der Deutschen Nationalversammlung zu beweisen. Unsere Partei, fährt er fort, hat, wie damals gegen den demokratischen Absolutismus, so jetzt gegen den Absolutismus von der andern Seite zu kämpfen; daher kann es zuweilen wol vorkommen, als würden wir zwischen zwei Mühlsteinen zerrieben. Man hat die Solidarität der parlamentarischen Interessen lächerlich gemacht, aber widerlegt hat es noch Niemand. Preußen ist nicht denkbar ohne ein durch die Volksliebe getragenes Königthum, das Königthum und die Freiheit müssen sich gegenseitig garantiren. Um es hier offen auszusprechen, Das ist es, was wir unserer Regierung zum Vorwurf machen, daß sie das Königthum beschädigt. Wir unterwühlen nicht die Autorität, wir suchen die Verfassung, die Feinde ringsum hat, und die das größte Kleinod der Autorität ist, zu stützen. Die Frage, die jetzt vorliegt, ist eine ganz allgemeine, ob es in Deutschland ein Staatsrecht geben soll. Sie sagen, mag doch der Bundesstag sagen was er will, eine halbe Million preussischer Landeskinder unter Wasfen haben ihre Stimme abzugeben. Hören Sie in dieser Sitzung endlich auf zu restauriren, eingedenk des Ausspruchs einer der größten Staatsmänner, daß die Restauration die schlechteste Art der Revolution ist.

Ministerpräsident v. Manteuffel will nicht auf das über Frankfurt Gesagte eingehen und nur dem Vorwurfe widersprechen, daß die Regierung den Absolutismus wolle. Sie wolle nur nicht, daß das Haus oder dessen Minorität den Areopag bilden, um in Deutschland über Recht oder Unrecht zu entscheiden. Nach ihm sprechen noch Graf Dyhren, v. Vincke, Graf v. Arnim, v. Bodelschwingh und Simson, dem sich Abg. Weseler als Antragsteller anschließt, der den Commissionsantrag bekämpft. Wir sind, sagt er, conservativ genug; aber wir wollen diese Solidarität der conservativen Interessen deshalb nicht, weil sie aus dem Absolutismus beginnen und weil der Absolutismus der Macht und Größe Preußens schadet. Man hat gestern die österreichischen Minister erwähnt, vor deren Tüchtigkeit sicherlich Jeder unter uns die tiefste Achtung hegt. Aber wir sind auch überzeugt, daß wenn Oesterreich eine Verfassung besäße oder sie besitzen könnte, wie sie Preußen besitzt, die österreichischen Minister sie auch sicher auf eine sehr vortheilhafte Weise benutzen würden, namentlich den übrigen deutschen Bruderstämmen gegenüber zu benutzen wissen würden. Ohne andere Autoritäten zu citiren, schließt er mit einer gewiß von allen unbestrittenen, mit einer Aeußerung Gneisenau's aus einer Druckschrift, welche vor 1813 von ihm erschienen: Bei der bevorstehenden Erhebung müßten Preußens größte und stärkste Bundesgenossen sein die drei: die Wissenschaft, das Schwert und die Constitution. Zuletzt spricht der Berichterstatter Nöldeken noch Einiges zur Vertheidigung des Commissionsantrags, worauf nach nochmaligen persönlichen Entgegnungen der Abgg. Bodelschwingh und Weseler zur Abstimmung geschritten und der Commissionsantrag in nameutlicher Abstimmung mit 139 gegen 133 Stimmen angenommen wird.

In der I. Kammer wird der Bericht der Commission zur Erwägung der Anträge der Abgg. v. Gaffron, Dr. v. Zander, Dr. Klee, v. Plöß auf Abänderung der Artikel 78, 62, 85, 73, 76, 99 der Verfassung berathen. Danach beantragt die Commission, nachdem ein präjudicialles Amendement einzelner Mitglieder, zu beschließen: „Der Kammer die Ablehnung sämtlicher vorgedachten Anträge zu empfehlen“, verworfen worden, Folgendes: ad 1) Antrag des Abg. Dr. Klee auf Streichung der Diäten und Reisekosten für die Mitglieder der II. Kammer, „den Antrag abzulehnen“. ad 2) Antrag des Abg. Frhrn. v. Gaffron auf Streichung der Worte: „Beamte bedürfen keines Urlaubs zum Eintritt in die Kammer“, „diesem Antrag Folge zu geben“. ad 3) Antrag des Abg. v. Plöß auf sechsjährige Legislaturperiode der II. Kammer, Einberufung mindestens alle zwei Jahre und zweijährige Etatsperiode des Staatshaushalts, „den Antrag v. Plöß abzulehnen“. ad 4) Antrag des Abg. Dr. v. Zander auf Streichung der Bestimmung: „Leptere (Staatshaushaltsetats) werden von der I. Kammer im Ganzen an-

genommen oder abgelehnt“, „dem Antrag Folge zu geben“. Die Abstimmung hierüber ergab folgendes Resultat: Abg. Klee zieht seinen Antrag zurück. Der Gaffron'sche Antrag wird abgelehnt, ebenso der des Abg. v. Plöß, und schließlich ein Antrag auf Vertagung der Debatte über den Antrag des Abg. v. Zander angenommen.

Der Nürnberger Correspondent berichtet aus München vom 28. Jan: Bei dem Abg. Reinhardt hat gestern Hausfuchung nach dem von demselben veröffentlichten Flugblatte „Beweisantritt über die durch militärische Gewalt vernichtete Wahlfreiheit in Schwaben und Neuburg“ stattgefunden; alle vorgefundenen Exemplare wurden auf Grund der Art. 31 und 33 des Pressegesezes confiscirt. Es ist dieses Flugblatt ein Abdruck der Eingabe des genannten Abgeordneten an die Kammer, durch welche derselbe eine von ihm in der Kammer gemachte Aeußerung zu beweisen sucht. Die Mehrzahl der Exemplare war bereits vertheilt, als die Confiscation erfolgte.

Darmstadt, 28. Jan. Das an die Anwälte ergangene Verbot, mit einem Schnurrbart vor Gericht zu erscheinen, hat zu Conflicten geführt. In der gestrigen Affisensigung erschien der Vertheidiger mit einem solchen Barte; nicht zugelassen, weil er sich weigerte, sofort seinen Bartschmuck abzulegen, zog er sich zurück, sodas das Verfahren aufgeschoben werden mußte, bis ein anderer Anwalt die Vertheidigung übernommen hatte.

In Altenburg hat das Landesjustizcollegium verordnet, daß die Gesamtzahl der Advocaten des Landes, welche bisher gesetzlich 60 betrug, nach und nach bis auf 71 gestiegen war, künftig nur 50 betragen darf. Die Reduction soll bergestalt erfolgen, daß von nun an die Stelle von zwei abgehenden Advocaten immer nur ein neuer ernannt wird, bis die gesetzliche Zahl 50 erreicht ist.

Der Landtag zu Gotha ist am 28. Jan. aufgelöst worden, weil er die Vorlage der Regierung über die Vereinigung von Coburg und Gotha und über die Verfassungsrevision mit 13 gegen 11 Stimmen verworfen hat. Am 29. Jan. will der Herzog nach Wien reisen.

Hannover, 29. Jan. Die Kammern sind heute vertagt worden. Wann der nächste ordentliche Landtag zusammenzutreten hat, gibt das königliche Vertagungsschreiben nicht an; nur so viel sagt es, daß die im §. 59 des Gesetzes vom 5. Sept. 1848 als Regel festgesetzte Zeit des Anfangs einer ordentlichen Diät der allgemeinen Ständeversammlung das nächste mal nicht werde eingehalten werden können, weil die Vorlagen bis dahin nicht vorbereitet sein könnten. Vor dem Verlesen dieses Vertagungsschreibens nahm die I. Kammer den Beschluß der II. Kammer an, demzufolge die Regierung aufgefordert werden soll: „Den vertriebenen Schleswig-Holsteinern, wenn gegen sie nichts weiter vorliegt als ihre Theilnahme an der deutschen schleswig-holsteinischen Sache, beim Eintritt in dieses Königreich, und falls sie darum nachsuchen, die Ertheilung des Staats- und Gemeinbürgerrechts nicht zu erschweren, vielmehr thunlichst zu erleichtern.“ Staatsminister v. Borries sprach sich gegen den Beschluß aus. Schließlich ging noch das königliche Erwidierungsschreiben wegen des Zollvertrags vom 7. Sept. v. J. ein, wurde verlesen und genehmigt. Das Schreiben, das veröffentlicht werden soll, schließt mit dem Wunsche: daß dieser hochwichtige Vertrag zum wahren Segen des Vaterlandes gereichen möge.

Aus Luxemburg vom 26. Jan. bringt das Luxemburger Wort die Nachricht, daß der von der niederländischen mit der päpstlichen Regierung abgeschlossene Handels- und Schiffsfahrtsvertrag zur weiteren Folge eine Ueberreinkunft mit der päpstlichen Curie gehabt habe, nach welcher die katholische Hierarchie in den Niederlanden wiederhergestellt und eine Anzahl bischöflicher Sitze errichtet werden soll. Man hofft infolge davon auch die baldige Rückkehr des Bischofs Laurent.

Wien, 29. Jan. Soeben ist im Verlage von Jasper, Hügel und Manz der erste Band des mehrfach erwähnten und besprochenen Werkes: „Lord Palmerston, England und der Continent“ von C. L. Grafen v. Fiquelmont in deutscher Uebersetzung erschienen.

Aus Wien vom 28. Jan. berichtet die Conservative Zeitung für Schlesien: Im Auftrage des Kaisers sind allen Armeeobercommandanten Befehle zugewendet worden, sich hierher nach Wien zu verfügen. — Wieder eine „Hauptfischung“ der Zollconferenz. Die Bevollmächtigten sind fortwährend so „vollständig einig“, daß zwei derselben abgereist sind, um, wie die Lithographirte Zeitungs-Correspondenz meldet, bestimmtere Informationen einzuholen. Man vermuthet, sie werden nicht wiederkommen.

Spanien.

Madrid, 23. Jan. Der Ministerrath hat sich zwei mal versammelt, was zu einer Menge Vermuthungen Anlaß gibt. Es heißt, die Desamortisirung der Kirchengüter habe die zwei Hauptmitglieder des Cabinets entzweit: den Conseilpräsidenten Bravo Murillo und den Minister des Innern Bertran de Lyz. Bravo Murillo will in dieser Angelegenheit nicht so weit gehen als sein Colleague. Die Discussion zwischen den zwei Ministern soll so heftig gewesen sein, daß man den Rücktritt des Ministers des Innern für gewiß annehmen kann. Wir glauben dieses letztere Gerücht als glaubwürdig verbürgen zu können.

Frankreich.

Paris, 29. Jan. (Telegraphische Depesche des Correspondenz-Bureau.) Der heutige Moniteur bringt die Ernennung Hieronymus Napoleons zum Präsidenten des Senats, so wie die Ernennung von vier Vicepräsidenten.

Paris, 28. Jan.

Durch Decret vom 27. Jan. ist A. Chevalier, Generalsecretär der Präsidentschaft, zum Generalsecretär des Staatsraths ernannt.

E. Pepin-Lehalleur hat am 23. Jan. seine Entlassung als Mitglied der Consultativcommission gegeben.

Der Prinz-Präsident hat vom Könige von Sardinien Depeschen erhalten, welche den außerordentlichen Gesandten Sardiniens in Paris, Grafen Gallina, abberufen. Dieser Gesandte hat die bezüglichen Papiere dem Präsidenten überreicht. Zugleich hat der neuernannte sardinische Bevollmächtigte Provvara de Callegno seine Beglaubigungsschreiben überreicht, insofern welcher er an die Stelle Gallina's tritt.

Paris, 28. Jan. Die Menge sowohl der Bourgeoisie als der arbeitenden Classen sind eben keine Juristen, haben also kein kritisches Urtheil über juristische Actenstücke. Nichtsdestoweniger hat man zeither in den Gruppen einen ganz richtigen Takt in der Beurtheilung des Confiscationsdecrets beobachten können. Wenn das Recht, das in diesem Decrete angerufen wird, so klar und unbestreitbar ist, warum hat der Präsident es nicht unter der Constituante im Jahre 1849 zur Geltung gebracht? Wenn das Recht so unbestreitbar ist, warum hat er, nachdem die Constituante 1848 die Sequestration der Güter aufgehoben, in der Legislative, wo die republikanische und die legitimistische Partei zusammen jedenfalls ein überwiegendes Gegengewicht über die orleanistische hatte, nicht zur Geltung gebracht? Endlich wenn dieses Recht so unbestreitbar ist, warum hat er dasselbe so eigenmächtig geübt und es nicht den Staatskörpern, die seine eigene Constitution, die er selbst ins Leben rufen wird, zur Geltung zu bringen überlassen? — Der Austritt des Kriegsministers würde den Präsidenten in der Armee sehr compromittirt haben, daher Ludwig Bonaparte es an Bitten nicht fehlen ließ, ihn und den Marineminister zum Bleiben zu vermögen. Eigentlich hatten alle Minister ihre Entlassung gegeben, allein die H. H. Magne und Fortoul, deren Departements ohnehin mit dem Hrn. de Persigny vereinigt werden, haben nur bis zur Organisation dieser Vereinigung im Amte zu verbleiben. Die drei entlassenen Minister, die einen so großen Antheil am Staatsstreich hatten und, wie gesagt, am 2. Dec. ihren Kopf aufs Spiel setzten, werden nicht besser behandelt als einst (am 31. Oct. 1849) Dillon-Barrot und seine Collegen. Zuerst erklärte der Präsident, die streitigen Decrete vertagen zu wollen, und alle Minister nahmen ihre eingereichte Entlassung zurück; drei Stunden später ließ er ihnen sagen, daß ihre Entlassung angenommen sei! Hr. Casabianca hat bereits die Tuilerien bezogen und schlägt seine Kanzlei im Pavillon Marfan auf, den unter dem Kaiserreiche Hr. Maret, Herzog v. Bassano, in derselben Eigenschaft als Staatsminister des Kaisers eingenommen hat. — Hr. Pietri, der künftige Polizeipräsident, gegenwärtig Präfect der Haute Garonne, ist ein ehemaliger Privatsecretär der ehemaligen westfälischen Majestät, Jerome Napoleon Bonaparte's. Derselbe ist wie Hr. Casabianca ein Corse. Ueberhaupt sind alle Aemter von Corsen bevölkert. Abbatucci, der neue Justizminister, ist ebenfalls ein Corse. Hr. de Mantour, der Secretär des Hrn. de Persigny, ist ein ehemaliger Mitarbeiter an allen bonapartistischen Blättern, die mit seiner Hülfe eingegangen sind; als Journalist ohne alles Talent, allein als Mitglied der berühmten Decembergesellschaft durch seine Thätigkeit nicht ohne Verdienst.

Großbritannien.

London, 28. Jan. Der alte Schlandrian im Heerwesen und in der Flottenverwaltung, mit all den tausend Mißbräuchen, die sich hier durch einen vieljährigen Frieden, durch unverantwortliche Fahrlässigkeit, eine sprichwörtlich gewordene Corruption und einen schamlosen Nepotismus eingemischt haben, werden jetzt, wo man einmal zu fürchten angefangen hat, von allen Seiten schonungslos vor den Richterstuhl der Deffentlichkeit gebracht. Charles Napier hat die Kassandrarolle gut gespielt, und selbst diejenigen, die am meisten über seine finsternen Enthüllungen gespöttelt haben, müssen nun eingestehen, daß er die Fäulniß noch nicht stark genug geschildert hat. Die Times hält es jetzt für ihre Pflicht, mit dem alten Seehelden gegen die gesammte hohe Admiralität Front zu machen. Ihre Eingeständnisse sind sehr trauriger Natur. „Ueber unsere schlechte Bewaffnung, sagt sie, ist genug gesprochen worden. Von 99 Regimentern sind nur zwei derart mit Schießgewehren versehen, daß ihre Kugeln einen Feind erreichen können. Ferner haben wir, wie es scheint, nicht ein einziges Cavaleriecorps, das bei obwaltenden Schwierigkeiten rasch zum strengen Dienst im Felde tauglich wäre. Wir haben nicht soviel Feldartillerie, als für ein Corps von 25,000 Mann erforderlich ist. Alle diese Angaben sind außer Zweifel. Wenden wir unser Augenmerk auf die Verwaltung der Flotte, so finden wir jede Prophezeiung von Sachkundigen und Laien buchstäblich bewahrheitet. Frankreich hat nur 100 Kriegsdampfer, ist übrigens durch die Erfordernisse einer großen, stehenden Armee in Nordafrika belastet, dennoch stellten sie ohne große Unbequemlichkeit Dampfschiffe genug zum Transport von 10,000 M. Für England dagegen mit seinen 190 Kriegsdampfern war es schon eine schwere Arbeit, 3000 M. nach dem Cap zu schaffen.“ Dergleichen Beispiele, deren Wahrheit sich nicht abstreiten läßt, führt nun die Times mehre an, macht es unter Anderm der Admiralität zum Hauptvorwurf, daß die Matrosen eines Kriegsschiffes gewöhnlich dann ausbezahlt und entlassen zu werden pflegen, wenn sie einander und das Fahrzeug, auf dem sie dienen, recht genau kennen gelernt haben, und schließt ihren Artikel mit den Worten: „Gewiß, wir zahlen für eine gute Flotte, für eine Flotte, die unsere Transportarbeit besorgen und auch unsere Vertheidigung übernehmen sollte, obwol sie freilich den Erfordernissen eines ernstlichen Krieges nicht in jedem Augenblick angemessen sein kann. Für dieses unser Geld wollen wir

auch Etwas, was der Auslagen werth ist, aber es ist nicht wahrscheinlich, daß wir dies erlangen, solange zum Frommen unserer Schiffswerft-Eitelkeiten jeder Schilling als eine halbe Krone angerechnet wird. — Wir erfahren aus sicherer Quelle, daß im gestrigen Ministerconseil die Frage wegen der politischen Flüchtlinge zur Sprache kam. Lord J. Russell zeigte sich sehr geneigt, dem Parlamente eine neue Alienbill vorzulegen; doch dürfte die Regierung, wenn sie diese Absicht beibehält, schwerlich vor Ende der Session damit hervorzutreten Zeit haben; und ob bis dorthin nicht ein neues Parlament beisammen ist und ob dieses derart sein wird, daß die Regierung, mit oder ohne Lord J. Russell an der Spitze, daran denken kann, ihm eine Alienacte vorzuschlagen, das Alles sind Punkte, die noch sehr im Nebel der Ungewißheit stecken.

Von allen Seiten hört man nichts als Nachrichten und Gerüchte über Rüstungen. Unter Anderm soll es beschlossen sein, die Grafschaftspolizei im ganzen Königreich mit Gewehr und Bayonnet zu bewaffnen, wie dies in Irland längst geschehen ist, und die Constables in Zukunft auf nicht weniger als sieben Jahre anzuwerben. Auch die londoner Polizei, heißt es, soll militärisch bewaffnet und einexercirt werden. Die Frage ist freilich noch, ob das Parlament diese Umwandlung der Polizei in eine Gendarmerie nach continentalem Muster sanctioniren wird. Gegen Seerüstungen erhebt man nur ökonomische Einwürfe; gegen Rüstungen zu Lande hat die Nation ein Vorurtheil anderer Art. An populärsten sind daher Freiwilligencorps und Schützengenosenschaften nach dem schweizerischen und amerikanischen Vorbilde. In allen Häfen hat die Regierung die Zollbehörden aufgefodert, eine Liste der zum Hafen gehörigen Dampfer von über 50 Pferdekraft anzufertigen und vorzulegen. Die Dampfschiffeigner haben, wie man versichert, überall sogleich die verlangte Auskunft gegeben, und ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, dem Staate im Nothfall ihre ganze Dampfkraft zur Verfügung zu stellen.

Daily News gibt als verbürgte Nachricht, daß die Vermehrung der Armee beschlossen ist. Die Ordre zur Rekrutirung ist bereits ausgegeben. Die Vermehrung betrifft fürs erste die Infanterie, und zwar sollen alle im Lande stationirten Regimenter von 750 auf 1000 Mann gebracht werden. Auch in andern Branchen ist eine Vermehrung beabsichtigt; sie dürfte sich im Ganzen auf 10,000 Mann belaufen. Das Offiziercorps wird einstweilen nicht verstärkt.

Die London Gazette bringt heute die Ernennung von Charles Henry Darling zum Gouverneur-Lieutenant (Vicegouverneur) der Capcolonie und der dazu gehörigen Territorien.

Man bemerkt mit Entrüstung, daß einige aristokratische Jungengländer, wie Lord Goderich und Lord Ingestre, eine Art Mesallianz zwischen den Arbeitern und der Aristokratie (d. h. einer abenteuerlichen Fraction derselben) gegen den Mittelstand einzufäden wollen. Sie kommen den Arbeitern mit Zuvorkommenheit entgegen und thun alles Mögliche, um die Klust zwischen ihnen und den Arbeitgebern zu erweitern. Die Anhänger Jungenglands predigen in allen Versammlungen über das Thema, daß der Geldadel schlimmer sei als der Geburtsadel, daß dieser allein ein Herz fürs Volk habe etc. Glücklicherweise merkt der gesunde Verstand des englischen Arbeiters bald, woher der Wind bläst, und verlangt etwas Solides. So fragte einer einen jener beredten Lords trocken: „Wollen Sie uns 30,000 auf Ihren Gütern anstellen und Jedem 30 Schill. die Woche geben? Dann lassen wir alle Fabriken stehen und alle Geldlords verhungern.“ In Liverpool machten die Arbeiter neue Versuche sich mit den Arbeitgebern zu verständigen. Letztere verlangen die Lossagung von der Amalgamated Society und das Aufgeben der Hülfclubs, was eine sehr unbillige Zumuthung ist. Die Hülfclubs sichern jedem invaliden Arbeiter eine Summe von 100 Pf. St. und haben sich seit Jahren bewährt. In Manchester erhielten die feiernden Arbeiter theils 15 Schill., theils 10 Schill., die Handlanger 5 Schill. wöchentliche Unterstüzung. Freiwillige Beiträge sollen dort reichlich fließen. In London beträgt die Zahl der Feiernden und Entlassenen im Ganzen 1000 Personen; doch hält es schwer, dieselben zu erhalten. So erhielten 800 Gesellschaftsmitglieder 15 Schill., 170 Neutrale 10 Schill. Letzte Woche dagegen war es unmöglich, die brotlosen Handlanger mit mehr als 4 Schill. 6 P. pro Mann die Woche zu unterstügen.

Man schreibt aus Dublin vom 27. Jan.: Wegen des Mordanfalls auf Hrn. Chambre, der an seinen Wunden wahrscheinlich sterben wird, sind vier Verdächtige in Haft. Bei Einem fand man eine Bandmänner-Pastkarte; eine Art Legitimation, welche die Fehme ihren geheimen Dienern gibt, damit sie bei allen Affilirten Vorschub und Hülfe finden. Auf der Karte stand Hrn. Chambre's Name, darunter die Unterschrift des Verhafteten, mit dem Lösungsworte: „A deed is to be done“. (Eine That ist zu vollbringen.) Man hat noch eine andere Entdeckung gemacht. Ein Verwandter des Gefangenen brachte für denselben Erfrischungen nach dem Gefängniß, die in einem Zeitungspfeifen eingewickelt waren. Man untersuchte das Papier, und fand, daß es mit dem abgerissenen Ende vollständig und genau an den Rand des Papiersegens paßte, mit welchem ein von den Mördern zurückgelassenes geladenes Gewehr gepropft war!

Ein jüngstverstorbenen Kaufmann in London hat in seinem Testamente 35,000 Pf. St. an verschiedene Wohlthätigkeitsanstalten vertheilt. Mehre seiner Verwandten erhielten zu 20,000, 10,000 und 5000 Pf. St.; seine Haushälterin 10,000 Pf. St.

Belgien.

Brüssel, 28. Jan. Wie versichert wird, ist der hiesige französische Gesandte, Hr. Quinette, in Disponibilität versetzt und der Herzog

v. Bassano, seit acht oder zehn Jahren erster Gesandtschaftssecretär hier, zu seinem Nachfolger ernannt worden. — Das Journal de Bruxelles meldet den Tod des Senatspräsidenten und Bürgermeisters von Tournai, Dumon-Dumortier.

Rußland.

Die Neue Ober-Zeitung erfährt aus verlässlicher Quelle — und dies stimmt mit einem Briefe der Indépendance belge aus Rotterdam überein —, daß ein Ukas die Getreideausfuhr aus dem ganzen russischen Reiche verbietet.

Königreich Sachsen.

† Dresden, 27. Jan. Die Berechnung des Wahlcensus nach dem in Sachsen jetzt geltenden alten Wahlgesetze vom Jahre 1831 ist bereits bei der Einberufung des jetzigen Landtags im Mai v. J. in diesen Blättern ausführlich besprochen worden. Es wurde damals nachgewiesen, daß die Berücksichtigung der außerordentlichen Steuerzuschläge bei Feststellung des Wahlcensus an sich zwar nicht wünschenswerth sei, allein auf die ganze passive Wahlfähigkeit in bäuerlichen und städtischen Bezirken, auf das ganze Wahlrecht in den industriellen Wahlbezirken einen erheblichen Einfluß äußern müsse, wenn man nicht zu bedeutenden Inconsequenzen Anlaß geben wolle. Zu den schon damals näher bezeichneten Inconsequenzen ist neuerdings durch die im December v. J. erfolgte Abschreibung eines Theils der außerordentlichen Steuerzuschläge eine weitere veranlaßt worden. Die Zahl der Wahlmänner hatte sich vor diesem Erlaß beträchtlich vermehrt. Nun verloren jedoch durch den Erlaß wieder viele Wahlmänner die ihnen vorübergehend zugetheilte Wahlberechtigung. Dies ist nicht berücksichtigt worden. Die II. Kammer ist demnach nunmehr aus Deputirten zusammengesetzt, die nach ganz verschiedenen Modalitäten gewählt sind, wie es eben der Zufall gefügt hat. In Nr. 294 v. J. der Sächsischen Constitutionellen Zeitung erschien unter der Ueberschrift: „Ist die gegenwärtige II. Kammer legal zusammengesetzt?“ ein Aufsatz, welcher diese hochwichtige Frage gründlich beleuchtete und dem jetzigen Landtage ans Herz legte, den Wahlcensus auf ein bestimmtes Princip zurückzuführen und nicht ferner dem Zufalle zu überlassen. Bis jetzt ist noch nicht bekannt worden, was in dieser Hinsicht von der II. Kammer geschehen wird. Einem Gerüchte zufolge hat das Directorium der Kammer, um Interpellationen zu vermeiden, zuvörderst eine Prüfung der Acten über die letzten Wahlen vornehmen lassen, damit man übersehen könne, welchen Einfluß jene in einem und demselben Jahre vorgekommene Berücksichtigung der Steuervermehrung und Nichtberücksichtigung der Steuerverminderung auf den Wahlcensus gehabt habe. Wenn dieses Gerücht begründet und jene Prüfung ernstlich gemeint ist, so ist es allerdings auf-

fallend, daß über den freilich voraussichtlichen Erfolg noch nichts verlaute. Die Sache ist schnell zu übersehen. Es gehören z. B. nach dem alten Gesetze 10 Thlr., nach der Reglerungsansicht Anfang 1851 4 Thlr. und Ende 1851 5 Thlr. ordentliche Gewerbesteuer dazu, um als Fabrikant wahlberechtigt zu sein. Möge die II. Kammer doch in Zeiten daran denken, für die Zukunft diesen Schwankungen und Zufälligkeiten in der Hauptsache ein Ende zu machen.

Handel und Industrie.

* Aus Sachsen, 29. Jan. Die von einigen Specialvereinen gestellten Anträge, die Regulirung der Steuerverhältnisse bei Grundstückszusammenlegungen betreffend, wurden von Seiten des Kreisvereins beim Ministerium des Innern dahin beantwortet, dasselbe wolle sich bewegen fühlen, die Generalcommission zu veranlassen, daß dieselbe durch Generalinstruction den sämtlichen ökonomischen Specialcommissaren die Pflicht auferlege, in dem Termine, wo die bei einer Zusammenlegung der Grundstücke Beteiligten die vorläufige Uebernahme der neuen Pläne beschließen, zugleich auch dahin zu wirken, daß Bestimmungen über eine spätere Ausgleichung aller von diesem Zeitpunkte an bis zur Befestigung des Reccess nach Steuereinheiten aufzubringenden Lasten vorbehalten werde, und daß sich das Ministerium des Innern bei dem Finanzministerium dafür verwenden möge, daß den Steuerbehörden des Landes die strenge Beobachtung des §. 8 der Verordnung zum Grundstuegesez vom 26. April 1843, nach welchem die neue Regulirung der Steuereinheiten zu einer Zeit erfolgen soll, in welcher die zeitliche Gestalt der Parzelle noch wahrzunehmen ist, zur Pflicht gemacht werde.

Bialla, 20. Jan. Soeben geht die Nachricht ein, daß aus dem Postamt zu Szeguzyn, im Königreich Polen, am 10. Jan. ein Faß, worin 40,000 Silberrubel meistens in Goldmünzen enthalten waren, gestohlen worden ist.

Berlin, 30. Jan. Freim. Ant. 102 1/2; St.-Sch.-Sch. 88 3/4; Schbl.-Pr.-Sch. —; Bankant. 96 3/4; Friedr. 113 1/2; Esdor. 109 1/2; Berl.-Vnh. Lit. A. u. B. 111, Pr.-Act. 99 1/2; Berl.-Hamb. 99 1/2; Pr.-Act. 102 1/2; Berl.-Potsd. Magdb. 74 1/2, Pr.-Act. 98 Br.; Berl.-Stett. 126, Pr.-Act. —; Köln-Mind. 106 1/2, Pr.-Act. 102 1/2; Fr.-B.-Nordb. 37 1/2, Pr.-Act. 99 1/2; Halle-Thüring. 75, Pr.-Act. 102 1/2; Magdb.-Wittenb. 62 1/2, Pr.-Act. 103; Krak.-Oberschl. 81, Pr.-Act. —; Oberschl. Lit. A. 132, B. —; Poln. Schag.-Dbl. 83; Poln. Pfdb. alte —; Poln. Pfdb. neue 94 1/2; Part. 500 Fl. 84 1/2; 300 Fl. 150 Br.; Poln. Bankert. Lit. A. 300 Fl. 95 1/2; B. 200 Fl. 20; Amsterd. f. 143 3/4, 2 M. 142 1/2; Hambg. 151 1/2, 2 M. 150 1/2; London 3 M. 6. 22 1/2; Paris 2 M. 80 1/2; Wien 2 M. 81 1/2; Augsb. 2 M. 101 1/2; Bresl. 2 M. 99 1/2; Leipzig 8 Ag. 99 1/2; Frankf. a. M. 2 M. 56. 14; Petersth. 3 M. 105 1/2.

Wien, 29. Jan. Börse geschäftlos; 5pc. Met. 94 1/2; 4 1/2pc. Met. 83 1/4; Bankact. 121 1/2; Nordb. 152 1/2; 1839er Loose 117 1/2; lomb. Anl. 97 1/2; Lond. 12, 20; Amsterd. 173 1/2; Augsb. 124 1/2; Hamb. 183; Paris 146 1/4; Gold 30 1/4; Silber 23 1/2.

Paris, 29. Jan. 3pc. 65; 5pc. 102. 95.

Ankündigungen.

Anzeigen werden angenommen in den Expeditionen in Leipzig (Querstraße, Nr. 8) und Dresden (bei C. Höckner, Neustadt, An der Brücke, Nr. 2).

Das Engros-Lager

deutscher und französischer Gesichtsmasken

von Adalbert Hawsky, Leipzig, Grimmaische Strasse Nr. 14, st auf das vollständigste assortirt, verkauft zu bedeutend herabgesetzten Preisen und versendet auf Verlangen Preis-Courant franco. [202-3]

In unserem Verlage ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Mythologie und Symbolik der christlichen Kunst

von der ältesten Zeit bis ins sechzehnte Jahrhundert. Von Ferd. Piper, Dr. u. Prof. d. Theol. an der Univ. zu Berlin. I. Bandes 2. Abtheilung. 47 Bogen. Gr. 8. Geh. 3 1/2 Thlr. = 6 1/2 Fl. Rh.

Dieses Werk behandelt in der hiermit beendeten 2. Abtheilung zum erstenmale zusammenhängend einen bisher vernachlässigten Theil der christlichen Religionsgeschichte in ihren zugleich anschaulichsten und idealsten Documenten. Hierdurch den Theologen von Werth, gibt es zugleich dem Kunsthistoriker eine Sammlung und folgerichtige Erklärung der typischen und poetischen Symbole, deren die christliche Kunst im Verlauf ihrer Entfaltung sich bedient hat. Und es wird ohne Zweifel auch darstellenden Künstlern erwünscht sein, Ursprung, Gebrauch und Bedeutung der sinnbildlichen Mittel in den allgemeinen Phantasiefreisen, innerhalb deren sich ihr eigener Beruf zu bewegen hat, wohlgeordnet zu überschauen. Die sorgfältige Ausarbeitung dieses gründlichen Werkes wird überhaupt allen Freunden der Culturgeschichte die Befriedigung gewähren, welche man bei einem hohen und würdigen Gegenstande auch rücksichtlich der äußern Form und Behandlung verlangt. [190]

Weimar, im Januar 1852.

Landes-Industrie-Comptoir.

Bei F. W. Brockhaus in Leipzig ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu erhalten:

Geschichtsparagraphen

für den

historischen Elementarcurfus

in Gymnasien und ihnen gleichstehenden Lehranstalten.

Von Dr. Friedrich Maximilian Hertel. 8. Geh. 20 Ngr. [204]

Verantwortlicher Redacteur: Heinrich Brockhaus. — Druck und Verlag von F. W. Brockhaus in Leipzig.

Theater der Stadt Leipzig.

Sonnabend, 31. Jan. (75. Abonnementsvorstellung.) Bei Anwesenheit Sr. Majestät des Königs. Ein Sommernachtstraum, dramatische Dichtung in 3 Acten, nach Shakespeare von Schlegel. Für die Bühne eingerichtet von Liek. Russl von Mendelssohn-Bartholdy.

Todes-Anzeige.

Allen lieben Verwandten und Bekannten widmen wir hierdurch die traurige Anzeige, daß es dem Höchsten gefiel, diesen Morgen auch unser zweites Kind, unser einziges und so theures Stärchen, im dritten Altersjahre, von hier in ein besseres Dasein abzurufen.

Um stille Beweise zu diesem abermals für uns so höchst schmerzlichen Verluste bitten

Otto Mühlberg,
Agnes Mühlberg,
geb. Sonntag. [205]

Leipzig, 30. Jan. 1852.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Dr. Hofrath-Expedient Beyer in Dresden mit Frä. Pleißner. — Dr. F. Fichtner in Rottwörden mit Frä. A. Kächler in Binnewitz. — Dr. L. Hofmann in Borna mit Frä. J. Kathleben. — Dr. G. Scharrubed in Auerbach i. B. mit Frä. E. Heber.

Getraut: Dr. R. Körner in Pfarrhaus Rensdorf bei Borna mit Frä. G. Becker. — Dr. Referendar Kühn in Liebenwerda mit Frä. E. Leypold.

Geboren: Frau. J. W. Zimmermann in Geringswalda ein Sohn.

Verstorben: Dr. Apotheker Wälz in Schwarzenberg. — Frau A. Gehlich, geb. Schwärze in Leipzig. — Dr. Brauhausebesitzer Feinze in Königstein. — Dr. Handlungscommiss Ringke in Dresden. — Frau. W. A. Reyh, geb. Schmidt in Oberwisch bei Pegau. — Dr. F. A. Schaarschmidt in Leipzig.